

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

14. Sitzung vom 17. November 2003 • von 18.00 bis 21.00 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Urs Kuhn, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
38 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Dieter Gerber, Vizeammann
Küling Harold, Gemeinderat
Meier Erwin, Gemeinderat
Meier René, Gemeinderat
Müller Christian, Gemeinderat
Piffaretti Marianne, Gemeinderätin

Weitere Anwesende

Entschuldigungen
Fricker Matthias
Fischer Fredy

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 10076 betr. Ordentlichen Einbürgerungen
3. Bericht und Antrag 10078 betr. Wohler Jugendsession
4. Motion 10079 betr. Rettung des Güpff-Hauses
5. Motion 10060 betr. Jugend- und Familienpolitik in Wohlen
6. Motion 10054 betr. Sanierung Schwimmbad Wohlen
7. Interpellation 10064 betr. Unordnung bei Ausflugszielen und auf öffentlichen Wegen der Gemeinde
8. Motion 10066 betr. Strategiekommission

Der Präsident begrüsst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Vor dem ersten Traktandum erteilt er Matthias Jauslin das Wort.

Jauslin Matthias, FDP: Die Fraktion FDP stellt den Antrag zur Abänderung der Traktandenliste. Dies aus folgendem Grund: Es stehen einige Geschäfte auf der Traktandenliste, welche bereits einmal traktandiert wurden. Zwei davon waren bereits zweimal traktandiert. Die Änderung soll folgendermassen aussehen:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 10076 betr. Ordentlichen Einbürgerungen
3. Motion 10054 betr. Sanierung Schwimmbad Wohlen
4. Interpellation 10064 betr. Unordnung bei Ausflugszielen und auf öffentlichen Wegen der Gemeinde
5. Motion 10066 betr. Strategiekommission
6. Motion 10060 betr. Jugend- und Familienpolitik in Wohlen
7. Bericht und Antrag 10078 betr. Wohler Jugendsession
8. Motion 10079 betr. Rettung des Güpff-Hauses

Ich möchte alle Mitglieder des Einwohnerrates bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

Abstimmung

Dem Antrag der FDP betr. Änderung der Traktandenliste wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 10080 betr. Kreditbegehren von Fr. 553'550.00 Gemeindeanteil Knoten Kirchenplatz/Kreditbegehren von Fr. 300'000.00 Gemeindeanteil für Erneuerung und Aufweitung der Bünzstrasse
- Dringliche Interpellation 10081 betr. Vorgänge im Ressort „Bevölkerungsschutz“

Weiter erhalten die Mitglieder:

- Protokoll der Sitzung vom 25. August 2003
- Termine ER-Sitzungen 2004

Zur Dringlichkeit

Bertschi Bruno, SVP: Dies ist ein Fall, welcher vor Kurzem passiert ist. Man sollte schauen, dass möglichst rasch wieder Ruhe einkehrt. Wenn wir das als normale Interpellation eingeben, ist die Gefahr gross, dass dieses Geschäft erst nächstes Jahr behandelt wird. Wir möchten diese Fragen heute, wenn sie aktuell sind, beantwortet haben.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir bitten Sie, die Dringlichkeit zu beschliessen. Wir sind bereit, die Antworten zu erteilen.

Abstimmung zur Dringlichkeit:

Der dringlichen Beantwortung wird einstimmig zugestimmt.

Piffaretti Marianne, Gemeinderätin: Der Gemeinderat ist für dringliche Behandlung der Interpellation und nimmt wie folgt Stellung:

Frage 1

Was ist der wahre Grund für diese plötzliche Trennung?

Antwort:

Peter Rychener hat am 29. Oktober 2003 seine Kündigung aus gesundheitlichen Gründen eingereicht und um sofortige Freistellung ersucht. Der Gemeinderat hat diesem Wunsch entsprochen. Mit Peter Rychener wurde vereinbart, dass nichts weiteres über diese Kündigung kommuniziert werde. Der Gemeinderat hat sich bisher an diese Vereinbarung gehalten und die Absicht, es weiterhin zu tun.

Frage 2

Wer hat das Dienstverhältnis gekündigt?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3

Wurde die Leistung des Chefs Bevölkerungsschutz seit seiner Anstellung periodisch überprüft? Wenn ja, durch wen?

Antwort:

Die Leistungen wurden periodisch durch die Ressortvorsteherin Bevölkerungsschutz, Gemeinderätin Marianne Piffaretti, überprüft.

Frage 4

Der Chef Bevölkerungsschutz war als Chefbeamter auf 4 Jahre fest gewählt worden. Musste die Gemeinde wegen dieser vorzeitigen Vertragsauflösung eine Lohnfortzahlung berappen? Wenn ja, übersteigt diese die Summe von 3 Monatsgehältern?

Antwort:

Gemäss § 62 Abs. 2 des Dienst- und Besoldungsreglements steht den Beamten das Recht zu, das Dienstverhältnis mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten aufzulösen, sofern nichts anderes vereinbart ist. Eine andere Kündigungsfrist war mit Peter Rychener nicht vereinbart.

Die Lohnfortzahlung dauert maximal bis zum Ablauf der Kündigungsfrist.

Frage 5

In der einwohnerrätlichen Vorlage betreffend Regionale Gemeindepolizei und im Vertragswerk mit den umliegenden Gemeinden ist in verschiedenen Abschnitten vom „Chef Bevölkerungsschutz“ die Rede. Zu unserer Überraschung hat man die Leitung der ZSO anderweitig vergeben und sucht jetzt einen „Chef Regionalpolizei“.

a) Hat man die uns seinerzeit kommunizierte Neuorganisation wiederum geändert? Weshalb?

Antwort:

Es war nie vorgesehen, die Leitung der ZSO dem Chef Bevölkerungsschutz zu unterstellen. Gegenüber der kommunizierten Neuorganisation erfolgt eine Änderung in dem Sinn, dass die Leitung des Regionalen Führungsstabs dem Chef ZSO übertragen und das Militärwesen direkt dem bisherigen Sachbearbeiter übertragen wird. Diese Entflechtung gestattet es dem neuen Stelleninhaber, sich voll dem Polizeiwesen und der Einführung der Regionalpolizei zu widmen. Die Organisation soll nicht etwas Unbewegliches sein, und es ist nicht ausgeschlossen, dass nach Einführung des neuen Polizeichefs und mit steigender Erfahrung wieder Anpassungen stattfinden werden.

b) Muss der Vertrag mit den umliegenden Gemeinden neu verhandelt werden, weil es den Chef Bevölkerungsschutz nicht mehr gibt?

Antwort:

Nein. Es handelt sich bezüglich der Regionalpolizei um eine reine Änderung der Funktionsbezeichnung.

Frage 6

Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass der Chef eines Polizeikorps mindestens eine Polizeiausbildung und überdies nachgewiesenermassen erstklassige Qualifikationen, Organisationstalent sowie Führungseigenschaften mitbringen muss?

Antwort:

Wie Sie bereits selber feststellen konnten, suchen wir gemäss Stellenausschreibung „eine starke Persönlichkeit mit hoher Teamfähigkeit und Durchsetzungsvermögen, eine kommunikative Persönlichkeit mit polizeilicher Kaderausbildung und Führungseigenschaft“ etc.

Frage 7

Erfährt der durch den Einwohnerrat an seiner letzten Sitzung genehmigte Stellenplan durch die Vorgänge im Ressort „Bevölkerungsschutz“ irgendwelche Änderungen? Wenn ja, welche?

Antwort:

Nein.

Bertschi Bruno, SVP: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Fragen. Wir sind nur teilweise befriedigt, weil wir den wahren Grund der Trennung nicht erfahren haben. Wenn die Leistung periodisch von der Ressortvorsteherin überprüft wurde, fragen wir uns, weshalb ein so grosser Pendenzenberg vorliegt, welcher kaum mehr abgetragen werden kann. Dies war auch ein Thema an der Gemeindeversammlung in Dottikon. Ich stelle jedoch keinen Antrag zur Diskussion.

Meier Regula, Präsidentin Einbürgerungskommission: Ich darf Ihnen Bericht erstatten von insgesamt 3 Sitzungen der Einbürgerungskommission. Wir haben uns mit 25 Gesuchen beschäftigt. 4 Gesuche konnten wir nicht weiterleiten, weil diese Personen nicht assimiliert und integriert und der deutschen Sprache kaum mächtig sind. 2 Gesuche hat der Gemeinderat an uns zurückgewiesen zur Neubeurteilung. 19 Gesuche liegen Ihnen heute Abend zur Abstimmung vor. Davon sind Gesuche von 7 Personen, welche in der Schweiz geboren wurden oder sehr klein in die Schweiz eingereist sind. Es fällt auf, dass sich vermehrt junge, alleinstehende Personen zur Einbürgerung anmelden. Sie erhoffen sich oftmals von der Einbürgerung, endlich daheim zu sein oder eine bessere Chance auf eine Lehrstelle haben. Die Einbürgerungskommission bittet Sie, über diese Gesuche wohlwollend abzustimmen und kann Ihnen alle Personen nach bestem Wissen und Gewissen zur Einbürgerung empfehlen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich muss zum Thema Einbürgerungen zwei Bemerkungen machen. Die erste: wir haben im Frühling einen Kandidaten eingebürgert. Als das Gesuch beim Departement des Innern bearbeitet wurde, hat man herausgefunden, dass für diese Person ein Verlustschein besteht über nichtbezahlte Steuern aus dem Jahr 2000. Es wurde mir zugetragen von einem Mitglied der grossrätlichen Einbürgerungskommission. Ich habe mit dem Finanzverwalter Kontakt aufgenommen und ihn gebeten zu schauen, dass die Steuern von dieser Person bezahlt werden. Dies ist am 20. September 2003 geschehen. Das Brisante an der Geschichte ist, dass ein Mitarbeiter des Departementes des Innern auf die Finanzverwaltung angerufen hat. Eine Mitar-

beiterin der Finanzverwaltung hat zur Auskunft gegeben, dass dieser Verlustschein bereits abgeschrieben wurde. So kann mit unseren Steuergeldern nicht umgegangen werden.

Der 2. Fall: Hier muss ich die Einbürgerungskommission bitten, seriöser zu arbeiten. Wenn ein Einbürgerungsgesuch vor den Gemeinderat kommt und man im Vorfeld nicht merkt, dass diese Familie seit Jahren Sozialhilfe bezieht, kann die Bearbeitung nicht gründlich genug gemacht worden sein.

Muff Sepp, SP: Ich habe eine Frage an den Gemeinderat betreffend den zwei zurückgestellten Gesuchen. Weshalb wurden die beiden Personen zurückgestellt, nachdem die Einbürgerungskommission scheinbar einstimmig beschlossen hat, diese dem Einwohnerrat vorzulegen?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat die Weisung erteilt, dass Sozialhilfebezüger immer bezüglich Einbürgerungsgesuch kontrolliert werden müssen. Es steht die Unterstellung im Raum, dass auf der Finanzverwaltung unseriös gearbeitet wird. Diese weise ich zurück. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen arbeiten korrekt und gewissenhaft.

Meier Regula, Präsidentin Einbürgerungskommission: Ich möchte Stellung nehmen zum ersten Vorwurf von Bruno Bertschi. Am Tag X holt die Einbürgerungskommission die Daten zum Gesuch der Personen ein. Danach vergeht eine gewisse Zeit, bis es behandelt wird. Dass in der Zwischenzeit etwas eintreffen kann, ist möglich, aber nicht anders organisierbar. Ich nehme mir diese Bemerkung zu Herzen und gebe mir Mühe, dass es nicht mehr vorkommt. Ich kann mir aber nicht vorstellen, wie die Kommission und auch die vorbereitende Instanz genauere und bessere Arbeit leisten soll.

Zum zweiten Vorwurf: Die Kommission hat bis jetzt keine Meldung erhalten, wer Sozialhilfeempfänger ist. Wir haben genaue Fakten über die Kandidaten, welche wir überprüfen. Wir können nicht etwas beurteilen, worüber wir keine Ahnung haben. Die zwei jungen Personen können gute Zeugnisse vorweisen. Sie können nichts dafür, dass ihre Familie Sozialhilfe bezog. Daran halte ich fest. Meine Meinung ist anders als die des Gemeinderates. Die Einbürgerungskommission ist ganz klar hinter den beiden Gesuchen gestanden.

Muff Sepp, SP: Ich möchte eine Antwort haben, weshalb die beiden zurückgestellt wurden. Wenn dies nicht zur Diskussion stehen würde, hätte man es auch nicht im Bericht und Antrag erwähnen müssen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich wollte Gemeindeammann Walter Dubler nur noch sagen, dass ich nicht behaupte, dass die Finanzverwaltung unseriös arbeitet.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Dem Gemeinderat ist aufgefallen, dass diese Familie Sozialhilfe bezogen hat. Neu ist es Bestandteil der Überprüfung, ob jemand Sozialhilfe bezieht.

Muff Sepp, SP: Wann werden diese beiden Gesuche dem Einwohnerrat vorgelegt? Die Situation wird sich nicht ändern.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die beiden Gesuchsteller werden nach ihrer Volljährigkeit eine Chance erhalten zu beweisen, dass sie selbständig leben können. Wir möchten nicht Personen zur Einbürgerung beantragen, deren Gesuch im Einwohnerrat zu Diskussionen Anlass geben kann.

Abstimmung

Eingelegte Wahlzettel 38
 leer / ungültig 0
 gültig 38

absolutes Mehr 20

Nachstehenden Bewerbern wird das Gemeindebürgerrecht der Gemeinde Wohlen gemäss § 15 Abs. 1 KBüG wie folgt zugesichert:

	JA	NEIN	UNGÜLTIG/ LEER	TOTAL STIMMEN
1. Rahimi Najeebullah und Rahimi-Sedeqi Lalama mit den Kindern Frishta, Farsad und Matin	33	5	--	38
2. Nikollbibaj Krist mit den Kindern Pren, Petrit und Franciska	29	9	--	38
3. Sylaj Bekim und Sylaj-Vrenezi Hatixhe mit den Kindern Bleron und Benit	25	13	--	38
4. Sylaj Agim	29	9	--	38
5. Mancuso-Lunetto Maria Graziella mit der Tochter Mancuso Cinzia Maria Angela	37	1	--	38
6. Da Costa Brito Liliana Filipa	36	2	--	38
7. Ruzicic Nedo und Ruzicic-Stanojevic Slavica mit den Kindern Vesna und Diana	31	7	--	38
8. Di Gregorio Diana	37	1	--	38
9. Di Gregorio Nancy	37	1	--	38
10. Parameswaranathan Thivakar	33	5	--	38
11. Sljivar Selma	32	6	--	38
12. Foric Zumra	32	6	--	38
13.				
14. Foric Jasmina	32	6	--	38
15. Binakaj Filloreta	32	6	--	38
16. Munia Francesco	35	3	--	38
17. Elshani Sanell	32	6	--	38
18. Karanovic Ljiljana	32	6	--	38
19. Cuoco Floriano	35	3	--	38
20. Mosurovic Dragos	33	5	--	38

Motion (10054) betr. Sanierung Schwimmbad Wohlen

Schürmann Toni, Dorfteil Anglikon: Wohlen hat eine schöne Badi. Aber sie muss saniert werden. Diese Sanierung steht schon lange zur Diskussion und wäre eigentlich auf einem guten Weg gewesen. Die Planungsarbeiten wurden jedoch um ein Jahr ausgesetzt. Nach dieser Aussetzung dieser Arbeit möchte der Gemeinderat im März 2004 eine neue Standortbestimmung vorlegen. Er sagt aber nicht, dass die Arbeiten dann weitergeführt werden. Das ist mir zu unverbindlich.

Meier Erwin, Gemeinderat: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat auf die Motion nicht einzutreten und nimmt wie folgt Stellung:

Am 13. März 2003 hat der Gemeinderat die Öffentlichkeit und den Einwohnerrat betreffend der Sistierung der Planungsarbeiten für die Schwimmbad-Sanierung eingehend orientiert. Einige Überlegungen werden hier wiederholt. Mit der Bewältigung des Sportzentrums Niedermatten und der Schulanlage Bünzmatt III hat die Bauverwaltung grosse Bauvorhaben zu begleiten. Um die zeitlichen Vorgaben des Bundes zu erfüllen, um zu Bundesbeiträgen zu kommen, mussten zusätzlich Planungsarbeiten für die Renovation und die Erweiterung des Berufsbildungszentrums bbz freiamt unter zeitlichem Hochdruck bewältigt werden. Wie die rege Bautätigkeit in Wohlen zeigt, gibt es zahlreiche private Bauvorhaben, welche die Mitwirkung der Bauverwaltung bedingen. Diese sollen auch keine Verzögerung erfahren. Mit der Bewältigung dieser Arbeiten ist die Bauverwaltung mehr als ausgelastet. Sie könnte die notwendige Unterstützung der Planungsarbeiten für das Schwimmbad in diesem Zeitraum nicht auch noch erbringen.

Die Arbeitsgruppe für die Sanierung des Schwimmbades wurde an ihrer Sitzung vom 20. Februar 2003 darüber informiert. Vor der Orientierung der Öffentlichkeit wurde die ganze Arbeitsgruppe auf deren Wunsch an der Gemeinderatssitzung vom Gemeinderat angehört und die Gründe der Sistierung wurden ausführlich dargelegt. Dabei wurde erwähnt, dass im Einvernehmen mit dem Kanton gewisse Massnahmen getroffen worden sind, um den Betrieb im Rahmen der Störfallverordnung aufrecht zu erhalten. An dieser Sitzung nahm auch Motionär Toni Schürmann, welcher Mitglied der Arbeitsgruppe Schwimmbad ist, teil. Der Gemeinderat hat sowohl vor der Arbeitsgruppe als auch im Aktuellen aus dem Gemeindehaus mitgeteilt, dass anfangs 2004 eine neue Lagebeurteilung vorgenommen wird. Sowohl an den äusseren Umständen als auch an dieser Absicht hat sich nichts geändert.

Am 26. August 2003 hat der Gemeinderat die Interpellation 10020 betreffend Sanierung Badeanstalt Wohlen von der Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon / Dorfteil Anglikon beantwortet. Schon damals wurde auf den Zeitrahmen im Finanzplan 2002 – 2006 hingewiesen, gleichzeitig aber auch auf dessen Unverbindlichkeit.

Mit der neusten Motion 10054 soll der Gemeinderat verpflichtet werden, bis spätestens zum Frühling/Sommer 2006 (Saisonbeginn Schwimmbad) die Sanierungsarbeiten abzuschliessen. Diese Frist ist nicht realistisch.

Läuft die Sanierung unter optimalsten Voraussetzungen, ergibt sich folgender unverbindlicher Zeitplan:

2004: Sanierungsprogramm und Genehmigung durch Einwohnerrat und Stimmvolk

2005: Frühestens nach der Badesaison: Badewasserdesinfektion / Vorarbeiten Beckensanierung

2005 / 2006: Beckensanierung / Badewassererwärmung

2006 /2007: Hochbauten: Garderoben, Kiosk, Betonpilze

Mit diesem Zeitplan ist keineswegs festgelegt, in welchem Umfang das Schwimmbad saniert werden soll. Sicher ist, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, die Badi zwecks Vorantreiben der Sanierungsarbeiten während einer Saison zu schliessen. Sicher ist weiter, dass die Fortsetzung der weiteren Planungsarbeit mit der gewählten Arbeitsgruppe vorgenommen werden soll, sofern dessen Mitglieder dazu bereit sind.

Die Motion ist zeitlich nicht erfüllbar. Der Gemeinderat bittet deshalb den Einwohnerrat, diese abzulehnen.

Schmid Toni, Freis Wohle: Der Gemeinderat hat versprochen, im nächsten Februar eine neue Lagebeurteilung zu machen. Die Mitglieder der eingesetzten Arbeitsgruppe haben diesen Entschluss zur Kenntnis genommen. Wenn es so wie versprochen stattfindet, ist es gut und daran glaube ich.

Lanz Christian, FDP: Trotz der angespannten finanziellen Lage ist die FDP der Meinung, dass aufgrund des Zustandes v.a. der Hochbauten Restaurant, Garderobengebäude und sanitären Anlagen die Dringlichkeit besteht, dieses Geschäft voranzutreiben. Unsere Badi ist sicher auch wie die Sportanlagen Niedermatten eine Anlage für alle. Vielleicht ist der Slogan „Badi für alli“ noch etwas berechtigter als für das Sportzentrum Niedermatten. Wir stimmen mit grosser Mehrheit der Überweisung der Motion zu. Wir vergeben uns damit nichts, auch wenn vom Gemeinderat im Frühjahr eine neue Lagebeurteilung versprochen wird. Diese Lagebeurteilung wird durch die Überweisung gestärkt. Die Fraktion FDP ist grossmehrheitlich für die Überweisung der Motion.

Keusch Marianne, Eusi Lüt & Grüne: Auch die Fraktionsgemeinschaft EVP/SP/Eusi Lüt & Grüne wollen nicht, dass die Sanierung der Badi auf unbestimmte Zeit verschoben wird. Gründe, die für eine baldige Sanierung sprechen, hat der Motionär ausführlich dargelegt und sind unbestritten. Wir möchten aber der Arbeitsgruppe Schwimmbad nicht in den Rücken fallen. Ich bin selber Mitglied der Arbeitsgruppe und erwarte einen Fahrplan und nicht eine Lagebeurteilung. Wir haben es in der Arbeitsgruppe so abgemacht, dass, wenn der Fahrplan nicht unseren Erwartungen entspricht, wir politisch aktiv werden. Wir haben Vertrauen in den Gemeinderat, dass er sein Versprechen einlöst und die Sanierung vorantreibt.

Fankhauser Robert, CVP-CSP: Die Motion 10054 betr. Schwimmbadsanierung stösst bei der CVP-CSP/JCVP auf Unverständnis und wird durch unsere Fraktion einstimmig mit folgender Begründung abgelehnt: Wie in der Motion geschrieben ist, wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit der Aufgabe, eine mehrheitsfähige Vorlage zu schaffen. Wir haben die Gründe zur Sistierung von Erwin Meier gehört. Es ist uns ein Anliegen, dass der Gemeinderat die Sanierung nicht noch weiter hinausschiebt. Dies ist ja auch in der Motion so vorgesehen. Daher erscheint es uns überflüssig, alles was bereits abgemacht ist, noch einmal festzulegen. Ich glaube, dass die damals versprochene Wiederaufnahme der Planungsarbeiten zur Sanierung des Schwimmbades vom Gemeinderat ernst gemeint wurde.

Meier Erwin, Gemeinderat: In der Motion steht: „Sanierung und Umbau der Badi Wohlen müssen - vorbehältlich der Projektgenehmigung durch den Einwohnerrat und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – bis spätestens zum Frühling/Sommer (Saisonbeginn Schwimmbad) 2006 abgeschlossen sein.“ Ich muss Ihnen sagen, dass diese Vorgabe unter keinen Umständen möglich ist. Es müssen Fristen eingehalten werden, u.a. Volksabstimmung. Sie können die Motion überweisen, aber eine Fertigstellung bis Ende 2006 ist nicht möglich. Dies liegt nicht am schlechten Willen des Gemeinderates, nein, es ist einfach nicht möglich.

Muff Sepp, SP: Man sieht einmal mehr, wohin es führt, wenn Dinge immer wieder herausgeschoben werden. Ich würde behaupten, wir wissen seit 15 Jahren, dass die Badi saniert werden muss. Geht es so weiter, geht es nochmals 5 Jahre und auch dann wird ein Grund zum Hinausschieben gefunden. Was soll das? Wollen wir wirklich so lange warten, bis die Badi plötzlich geschlossen werden muss? Diese Möglichkeit besteht durchaus, aus welchen Gründen auch immer. Die neuen Sachen werden mit Schwung in Angriff genommen und hier tut man sich schwer. Einmal mehr kann sparen nicht genug kosten!

Gfeller Koni, FDP: Dass eine Fertigstellung der Sanierung bis 2006 nicht möglich ist, leuchtet mir ein. Aber wenn wir nichts mehr machen, muss ich dem Motionär recht geben. Wir können das ja ändern und schreiben: „Die Planungsarbeiten sind aufzunehmen.“ Dies würde sicherstellen, dass die Arbeiten weitergehen.

Weber Edith, CVP-CSP: Ich habe eine Frage: Weshalb übernimmt nicht die Bauverwaltung die Planung?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Gemeinde Wohlen hat zur Zeit die grössten Bauvorhaben in ihrer Geschichte. Damit fallen viele Probleme an und die Bauverwaltung ist erst recht gefordert. Die Bearbeitung von Baugesuchen, Erteilung von Baubewilligungen, Revision Bau- und Nutzungsordnung ist eine enorme Arbeit. Es ist nicht möglich, innerhalb der gleichen Zeit alles miteinander zu realisieren. Wir wollen die Finanzen im Griff behalten und es ist nicht möglich, alles in den gleichen 2 bis 3 Jahren zu verwirklichen.

Meier Erwin, Gemeinderat: Wir müssen, wollen und werden mit einem Architekturbüro zusammenarbeiten. Wir brauchen auch Fachleute für Schwimmbäder. Wenn die Gemeinde Bauherr ist und die ganze Verantwortung trägt, sollte die Bauherrschaft auch in der Lage sein, jederzeit Fragen, auch technische, beantworten zu können. Das hat die Bauverwaltung bis jetzt gemacht und wird sie auch künftig tun. Aber bitte überladen Sie diese Fuhre nicht! Wir werden im Februar die Lagebeurteilung machen und weiterfahren, werden wir mit dem nötigen Elan in der Arbeitsgruppe arbeiten und ein Ergebnis vorlegen, zu dem Sie Ja sagen können und welches dem Stimmbürger vorgelegt werden kann zur Einholung eines Kredites. Es kann dann aber nicht sein, dass die Ausführung des Projektes einem Architekturbüro überlassen wird. Die Bauherrschaft bleibt bei der Gemeinde Wohlen und die Steuerzahler müssen per Arbeitsgruppe vertreten sein.

Jauslin Matthias, FDP: Ich bin schon etwas erstaunt. Jede Investition zieht Kosten für Unterhalt nach sich. Die Gemeinde Wohlen hat mehrere Bauten, welche sie schon lange gebaut hat, u.a. auch das Schwimmbad. Irgendwann kommt der Zeitpunkt, an dem Sanierungen vorgenommen werden müssen. Über 15 Jahre schieben wir dieses Geschäft vor uns hin. Ich kann Ihnen ein anderes Beispiel sagen: Heizung Junkholz. Dies ist etwa das Gleiche. Auf der anderen Seite kommen immer wieder neue Projekte, u.a. Kunstrasen und Skatepark. Investitionen fordern Unterhalt. Es werden nicht die neuen Projekte angegriffen, wir verlangen aber, dass Prioritäten gesetzt werden. Ich bin auch in der Arbeitsgruppe Schwimmbad und kann die Motion mit gutem Gewissen unterstützen.

Chaksad David, SP: Ich kann inzwischen dieser Motion auch mit gutem Gewissen zustimmen. Auch die FDP hat gemerkt, dass eine Gemeinde Geld kostet. Man kann nicht zu allem nein sagen. Ich erkläre mich bereit die Motion zu unterstützen, wenn von Seiten der FDP Bereitschaft signalisiert wird, den Steuerfuss von 110 % zu unterstützen. Jemand muss die Investitionen auch bezahlen.

Jauslin Matthias, FDP: Die FDP wird eine Steuerfusserhöhung auf 110 % auf keinen Fall unterstützen. Es findet zur Zeit auch keine Steuerfussdiskussion statt, sondern eine Diskussion über die vorliegende Motion.

Schürmann Toni, Dorfteil Anglikon: Man kann machen, was man will. Das Nichtstun kostet genau gleich viel.

Kuhn Urs, Präsident: Will der Motionär die Motion aufrechterhalten?

Schürmann Toni, Dorfteil Anglikon: Ja.

Abstimmung

Die Überweisung der Motion 10054 betr. Sanierung Schwimmbad wird mit 23 Nein-Stimmen zu 15 Ja-Stimmen abgelehnt.

53 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen

Unordnung bei Ausflugszielen und auf öffentlichen Wegen der Gemeinde (10064)

Schürmann Toni, Dorfteil Anglikon: Die Unordnung hat ein unerträgliches Ausmass angenommen. Wir sind der Meinung, dass präventive Massnahmen ergriffen werden müssen. Man kann nicht nur immer „hinterherputzen“. Eine Woche später ist die Situation die gleiche.

Müller Christian, Gemeinderat: Der Gemeinderat beantwortet die einzelnen Fragen wie folgt:

Frage 1

Welche Massnahmen hat der Gemeinderat bis heute vorgesehen, um diesem Missstand entgegenzutreten?

Antwort

Die Gemeinde betreibt einerseits Symptombehandlung:

- Ein Mitarbeiter des Bauamtes ist permanent, also 5 Tage pro Woche, für der Reinigung von Wegen und Plätzen im Einsatz
- Im Rahmen des Beschäftigungsprogramms für sozial Benachteiligte ist zusätzlich ein Mann mit einem 50 % Pensum während der ganzen Woche für Reinigungsarbeiten im Einsatz.
- Am Montag werden jeweils zusätzlich die Bushaltestellen gereinigt.
- Einmal pro Woche werden die Picknickstellen Vitaparcours, Alpenzeiger, Jungenbahl etc. gereinigt.
- Entlang der Bünz werden die Wege wöchentlich gereinigt.
- Die Strassenwischmaschine ist dauernd im Einsatz (über 1'100 Std. pro Jahr).
- Bei telefonischen Mitteilungen i.S. Wegräumen von Abfall wird sofort reagiert.

Prävention:

- Die Gemeindepolizei macht auf ihren Patrouillen Kontrollen an kritischen Punkten (Grillplätze, Treffpunkte etc.). Vereinzelt werden Ausweise kontrolliert und Namen notiert, damit beim Zurücklassen von Unrat reagiert werden kann.

Frage 2

Welche Massnahmen wird der Gemeinderat in Zukunft vorsehen, um diesen Missstand anzugehen (ev. vermehrt Polizeipatrouillen an den neuralgischen Punkten, Aktionen „für eine saubere Gemeinde“, Sensibilisierung Jugendlicher durch Einbezug des VJF in Kontrollen, Aktionen oder Aufräumarbeiten, ev. gegen Entgelt analog Papiersammlung oder Ähnliches)?

Antwort

Auch der Gemeinderat hat das Übel erkannt und überlegt sich Massnahmen. Bei der Symptombekämpfung wird der Einsatz von weiteren Personen im Rahmen des Beschäftigungsprogramms geprüft.

Viel wichtiger ist aber die Prävention. Der Gemeinderat begrüsst alle Aktivitäten, welche in dieser Richtung gehen und dankt den Initianten. So hat es ihn gefreut, dass beispielsweise die Bezirksschule im Rahmen der Konzentrationswoche im Frühjahr das Thema „Recycling“ behandelt hat. Ein Aufruf mag an weitere Organisationen aber auch an alle Eltern gehen, die Kinder mit dem Thema Abfall zu konfrontieren und ihnen den Respekt gegenüber unserer Umwelt beizubringen.

Ein verstärkter Einsatz von Polizeipatrouillen ist auf Grund der beschränkten personellen Mittel wenn überhaupt nur in sehr beschränktem Umfang möglich. Zudem ist Repression meistens die schlechteste aller Lösungen.

Der Gemeinderat besitzt die Unterlagen der Stadt Zürich, welche ein Konzept über die Sauberhaltung der Stadt entwickelt hat. Wir gedenken, unter Einbezug der Schulen und weiterer Kreise ein auf unsere Gemeinde zugeschnittenes Modell zu entwickeln.

Und schliesslich sei nochmals ein Aufruf an alle Einwohnerinnen und Einwohner gestattet: Bitte helfen Sie mit, unser schönes Dorf und dessen reizvolle Umgebung sauber zu halten. Wir danken Ihnen dafür.

Schürmann Toni, Dorfteil Anglikon: Ich bin teilweise befriedigt und hoffe wirklich, dass präventive Massnahmen ergriffen werden.

Jauslin Matthias, FDP: Die FDP hat sich wiederholt gefragt, wie die bisherigen und neuen Aufgaben in Zukunft zu erfüllen sind. Es gilt, das politische Zusammenspiel zwischen Einwohnerrat, Gemeinderat und Verwaltung zu optimieren. Wie verkraften wir die geplanten Investitionen, wie verkraften wir den Unterhalt? Wie verkraften wir die Mehrbelastung durch Kanton und Bund? Wie verbessern wir unseren Standortvorteil? Wie verbessern wir unser Pro-Kopf-Steuereinkommen? Welche Gemeindegemeinschaften und -verlegungen braucht es und sind sinnvoll? Ganz kurz gefragt: Wohin in Wohlen? Es braucht Zusammenarbeit. Die Strategiekommission hat 3 Hauptaufgaben. Erstens: Erarbeitung von Entwicklungsgrundsätzen für Wohlen. Zweitens: Vorberatung von Legislatur- und Jahreszielen. Drittens: Förderung von gemeinsamer Zielerreichung von Verwaltung, Gemeinderat und Einwohnerrat. Dieser Prozess soll nicht als Konkurrenz zum Gemeinderat gesehen werden. Die FDP erhofft sich eine enge und konstruktive Zusammenarbeit. Durchaus sehen wir auch die Möglichkeit einer paritätischen Zusammensetzung. Es soll eine Plattform entstehen, in der es kein richtig oder falsch gibt, sondern wo wichtige Fragen diskutiert werden. Die Umsetzungen aus diesen Diskussionen und die Kompe-

tenzen dazu liegen ganz klar beim Gemeinderat. Es überrascht, dass der Gemeinderat diese Motion scheinbar nicht übernehmen will. Wir möchten ein Instrument erschaffen ohne grossen Papierausstoss, welches einfach die wichtigsten Eckpunkte erfasst. Nicht mehr und nicht weniger ein Hilfsmittel, welches die Entscheidungen in einen Gesamtrahmen stellt. Sie sollen nachvollziehbar und transparent werden. Tatsache ist, dass der Gemeinderat keine Ziele und Strategien für die Gemeinde Wohlen entwickelt hat. Es bleibt offen, ob es am Mut, an der Weitsicht oder am Willen liegt. Es ist der Punkt gekommen, an dem man sich gemeinsam hinsitzen und neben dem Verwalten auch die weitere Zukunft bestimmen sollte. Wir werden auch Massnahmen bestimmen, welche langsam wachsen werden und nicht sofort Resultate ergeben. Die Ausgestaltung und Umsetzbarkeit von einer Strategiekommission wie wir sie in der Motion fordern, ist bewusst nicht definiert. Nach der Überweisung der Motion muss die Feinarbeit erst noch gemacht werden. Niemand verbaut sich irgendwelche Optionen, sondern man beweist Mut zu Neuem. Weder sind streng formal-juristische Überlegungen noch persönliche Profilierungen gefragt, sondern die Bereitschaft, die weitsichtige und langfristige Entwicklung von Wohlen als politische Hauptaufgabe wahrzunehmen. Aus diesem Grund bitten wir Sie, die Motion zu überweisen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat auf die Motion nicht einzutreten und begründet dies wie folgt:

- Gemäss § 23 der Gemeindeordnung kann jedes Mitglied des Einwohnerrates mittels einer Motion die Behandlung von Gegenständen, die in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder des Einwohnerrates fallen, beim Präsidenten des Einwohnerrates verlangen.
- Kapitel V des Geschäftsreglements regelt die Einsetzung von einwohnerrätlichen Kommissionen. Es ist selbstredend, dass der Einwohnerrat lediglich Kommissionen für Aufgaben einsetzen kann, die in seinen Kompetenzbereich fallen.
- Die Aufgaben und Befugnisse der Gesamtheit der Stimmberechtigten und des Einwohnerrates sind im Gemeindegesetz und in der Gemeindeordnung aufgezählt.

Alle übrigen Aufgaben - und dazu gehören unter anderem Führung und Planung - obliegen dem Gemeinderat. Er entscheidet, wie er diese Aufgaben bearbeiten will; er kann dazu beispielsweise eine Kommission einsetzen; er kann Mitglieder des Einwohnerrates in eine Kommission berufen. – Aber: Der Einwohnerrat kann den Gemeinderat nicht dazu verpflichten. Aus diesem Grund darf auf die Motion nicht eingetreten werden.

Becker Doris, Freis Wohlen: Die FDP möchte eine Strategie-Kommission ins Leben rufen, weil sie der Ansicht ist, dass in Wohlen „ohne Ziele, ohne Vorgaben drauflos regiert, investiert, verteilt und verschönert wird.“ Sie fragt sich auch, ob wir wirklich noch alles im Griff haben – ob uns die ganze Sache nicht finanziell über den Kopf wächst. Hier stellt sich die Frage, was in unserer Gemeinde schon vorhanden ist an politischen Wegweisern und Orientierungsmitteln. Es gibt ein Leitbild, welches sich auf die Vorstellungen der Einwohnerinnen und Einwohner und einer bürgernahen Arbeitsgruppe stützt und Entwicklungsziele und Massnahmen aufzeigt. Wohlen will z.B. nicht nur Wohngemeinde, sondern auch Regionalzentrum sein, will massvoll wachsen und die Attraktivität steigern. In diese Richtung sind dem Einwohnerrat Bericht und Anträge unterbreitet worden, welche in der Regel mehrheitsfähig waren. Wohlen hat einen Verkehrsrichtplan, welcher verwaltungsweisend ist, d.h. der Gemeinderat und die Verwaltung haben sich in ihren Entscheidungen am Verkehrsrichtplan zu orientieren. Das wird, aus unserer Sicht, auch so gemacht. Weiter gibt es den Finanzplan, ausgelegt auf 5 Jahre. Dieser zeigt auf, wohin sich unsere Gemeinde finanzpolitisch bewegt. Er ist ein Orientierungsmittel für Gemeinderat und Einwohnerrat. Ein ständiger Dialog zwischen Legislative und Exekutive findet auch in unseren zahlreichen Kommissionen statt. Nach dem Willen der Motionäre sollte sich die Strategie-Kommission mehrheitlich aus Mitglieder des Einwohnerrates zusammensetzen. Auch die Verwaltung und der

Gemeinderat sollen miteinbezogen werden. Zusammen würde man die Grundlage erarbeiten, um eine nachhaltige Entwicklung von Wohlen zu sichern. Aber was genau ist eine nachhaltige Entwicklung? Es wäre gut möglich, dass 40 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte 40 verschiedene Meinungen zu diesem Thema hätten. Die einen sehen eine nachhaltige Entwicklung ausschliesslich im Zusammenhang mit Geld, d.h. einem möglichst niedrigem Steuerfuss. Hier wird es schon schwierig: Es bleibt kein Raum mehr für Fortschritt, Veränderungen oder Entwicklung. Andere sprechen hauptsächlich von Visionen, die man haben sollte. Bis heute ist in dieser Hinsicht nichts Konkretes oder Brauchbares beigesteuert worden. Freis Wohle stellt sich die Arbeit in der Strategie-Kommission ausgesprochen schwierig vor. Gerade in der jüngsten Vergangenheit haben wir leider einmal mehr erfahren müssen, wie zum Teil destruktiv und widersprüchlich in diesem Raum politisiert wird. Aus unserer Sicht muss das Rad nicht neu erfunden werden. Wir haben genug Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Die Werkzeuge dazu sind vorhanden. Ein gutes Beispiel dafür ist die Motion betreffend Jugend- und Familienpolitik. Man will das vorhandene Angebot einbetten in konkrete Zielsetzungen und Leitideen der Gemeinde. Für die Ausarbeitung des Gesamtkonzeptes soll eine breit abgestützte Arbeitsgruppe zusammengestellt werden. Freis Wohle ist der Meinung, dass das ein guter Weg ist. Wir lehnen die Einführung einer Strategie-Kommission ab.

Fontana Peter, CVP-CSP: In unserer Fraktion hat die Einführung einer Strategie-Kommission keine Mehrheit gefunden. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat weiterhin die Geschäfte erarbeitet und dem Einwohnerrat vorlegt. Als gesetzgebende Behörde kann der Einwohnerrat über die Vorlagen entscheiden. Wir sind gegen die Überweisung der Motion.

Zulauf Ruedi, Freis Wohlen: Unsere Fraktionsgemeinschaft EVP/SV/Eusi Lüt & Grüne ist in der Frage der Strategiekommission gespalten. Ich muss zugeben, dass sich diese Spaltung ein Stück weit auch durch meine eigene Person zieht. Es ist aber so, dass ich trotz einer gewissen Sympathie für die Strategie-Kommission diese Motion ablehnen werde. Jedoch aus anderen Gründen, als z.B. der Gemeindeammann dargestellt hat. In einem Punkt ist der FDP-Fraktion zuzustimmen: Visionen entwickelt der Gemeinderat eigentlich nicht. Die Stärke des Gemeinderates ist das Ergreifen von günstigen Gelegenheiten. Eine Qualität, die man nicht unterschätzen darf. Aber sie ist reaktiv ausgerichtet und orientiert sich deshalb an Vergangenen. Visionen sind jedoch hypothetische Vorwegnahmen der Zukunft. Sie wollen über das Alltagsgeschäft hinaus eine Richtung weisen und sie kümmern sich nicht um die Realisierung. Das sollen und müssen sie auch nicht. Ihre Hauptaufgabe liegt auch nicht darin, dass die Vision wortwörtlich realisiert wird, sondern dass das gegenwärtige Handeln auf ein Ziel hingelenkt wird. Die Ziele müssten dann allerdings einigermaßen allgemein akzeptiert sein. Ein Ziel gibt dem individuellen Leben Sinn und der Gemeinschaft Identität. Davon hat Wohlen nicht sehr viel. Mehr als ein Regionalzentrum sind wir nicht. Was ist denn eigentlich ein Regionalzentrum? Wie bei der Nachhaltigkeit gäbe es da sicher unzählige Definitionen. Der Mangel an Identität äussert sich gerade in Vorstössen, welche dem vorliegenden entsprechen. Die Frage ist nur, ob das Problem so gelöst wird oder nur eine andere Nuance erhält. Würde man das Postulat umsetzen, bekämen wir es mit verschiedenen Phänomenen zu tun. Etwas überspitzt könnte man das Begehren auch so formulieren: „Lieber König, setze bitte einige von uns Untertanen ein, damit wir dir besser auf die Finger schauen können und dir in gewissen Dingen künftig den Weg zeigen können. Wir haben das Gefühl, dass du ihn nicht gut kennst.“ Das würde einen König sicher nicht freuen. Zugegeben, wir haben eine Demokratie. Auf der psychologischen Ebene beginnen solche Mechanismen schnell an zu spielen. Unsere Gefühle sind nicht demokratisch. Mit Antagonismen wäre hier schnell zu rechnen. Gemäss Motion hat die Kommission kein klares Ziel, sondern nur ein grossräumig umschriebenes Arbeitsgebiet, nämlich jenes der nachhaltigen Entwicklung. Wie wir schon gehört haben, gibt es dazu 40 oder gar mehr verschiedene Meinungen. Aber jeder dieser Meinungen muss man eine gewisse Richtigkeit attestieren. Man darf auch davon ausgehen, dass es unter diesen Meinungen Positionen geben würde, die einander diametral entgegenstünden. Dies ist richtig und auch nötig. Aber es relativiert ein bisschen die Forderung nach wahren Zielsetzungen der Gemeinde, welche die Kommission erarbeiten sollte. Im übrigen sind die Aufgaben der Kommission bereits

gelöst, jedenfalls wesentliche davon. Es gibt nämlich ein Leitbild der Gemeinde Wohlen, worin viel Bemerkenswertes steht. Es wäre gut, den Staub abzumachen und dieses Papier einer neuen Lesung zuzuführen. Und wenn diese Positionen wirklich so hoffnungslos veraltet wären, würde dies ein unschönes Licht auf alle Versuche werfen, langfristig zu planen. Ein letzter Punkt: Auch wenn es schon wichtig ist, die Vorhaben einer Gemeinde zu bündeln und in eine kohärente Richtung zu lenken, gerade auch wenn eine Richtung nicht für alle Zeiten festgelegt werden kann, gerade auch, da sich jede Zielsetzung bei lebendigen Organisationen und Organismen wandelt und die Zielsetzung eine Daueraufgabe ist, haben wir eine Person angestellt, die sich hauptsächlich und vor allem um dies kümmern sollte, nämlich den Gemeindeammann. Er ist vom Volk gewählt und wiedergewählt. Das Volk ist offensichtlich mit seiner Strategie zufrieden. Der ablehnende Teil unserer Fraktionsgemeinschaft hält die geforderte Kommission für weitgehend überflüssig. Bevor wir ein neues Werkzeug erschaffen, sollten die vorhandenen gebraucht werden. Die vorgeschlagene Kommission ist in ihrer Zielsetzung nicht unsympathisch, allerdings glauben wir nicht daran, dass sie viel bewirken könnte. Das liegt in der Komplexität der Sache, welche dazu führt, dass man der Kommission kein fassbares Ziel mitgeben kann. Ohne dieses hätten wir einfach einen Arbeitskreis mehr, in welchem diskutiert wird. Nicht wertlos, aber wirkungslos. Es wäre ganz etwas anderes, wenn der Gemeinderat von sich aus eine solche oder ähnliche Kommission wünschen würde. Wenn man eine Exekutive hätte, die dazu steht, dass sie nicht allwissend ist. In gewissen Teilfragen macht sie das. Aber in wichtigen Punkten, die Matthias Jauslin angesprochen hat, macht sie es auch nicht. Aber in einer Kommission, die aus dem Willen der Exekutive entspränge, sähen wir eher eine Chance über Gespräche zu Wirkungen zu kommen.

Perroud Arsène, SP: Ich vertrete den anderen Teil der Fraktion. Ich werde der Motion zustimmen. Die Idee, dass die nachhaltige Entwicklung von Wohlen von einer breiten Basis getragen werden muss, trifft auf mein Verständnis einer nachhaltigen Entwicklung zu. Ich unterstütze diese Motion, weil sie einen Weg zur Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung, Parteien und Gemeinderat bahnen kann. Viele Diskussionen, die während der Behandlung von Geschäften in diesem Saal auftauchen, haben immer wieder mithaltungsfragen zu tun. Es kann doch nicht sein, dass wir uns ständig über irgendwelche Kleinigkeiten unterhalten, anstatt dass wir uns mal über die Grundsätze und Leitideen von der Gemeinde kümmern. Das wäre eigentlich der Ursprung aller Diskussionen. Ich kann nicht alles, was in der Motion steht, unterschreiben. Doch kann ich hinter der Grundidee stehen. Die Motion hat den Schönheitsfehler, dass sie nicht vom Gemeinderat eingebracht wird, und somit wie ein Kontrollorgan aussieht. Für mich ist sie dies aber nicht. Ich sehe es als Chance für den Gemeinderat, mit einer solchen Kommission zusammenzuarbeiten. Nur wenn wir es zusammen erarbeiten, werden wir etwas Gescheites erreichen. Wir müssen uns gemeinsam einen Plan zurechtlegen, nur so können wir ein stimmiges Bild und somit eine Identität von Wohlen erreichen und die nachhaltige Entwicklung unterstützen. Bestimmte Projekte brauchen eine gemeinsame Planung. Die gemeinsame Planung führt über die Diskussion um Grundsätze und Leitideen. Es heisst nicht, dass wir keine Vorstösse mehr machen könnten. Es heisst, dass wir einen gemeinsamen Weg erarbeiten, welcher nachhaltig ist und den Wohlen gehen sollte.

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP-Fraktion hat anfangs 1998 eine Motion eingereicht, die ein Regierungsprogramm forderte. Wir wollten damals wissen, was der Gemeinderat längerfristig im Kopf hat. Diese Motion wurde damals nicht überwiesen. Aber kein Jahr später haben Kollegen aus dem Einwohnerrat bereut, dass man nicht zugestimmt hat. Jetzt kommt die FDP mit dieser Motion, welche mehr oder weniger in die gleiche Richtung zielt. Einen grossen Unterschied gibt es: Wir wollten damals, dass der Gemeinderat uns ein Regierungsprogramm vorlegt. Die FDP will mit ihrer Motion eine gemischte Kommission. Das ist nicht ganz einfach, da die Gefahr besteht, den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben. Aber unserer Meinung nach geht diese Motion in die richtige Richtung. Die SVP-Fraktion steht einstimmig hinter dieser Motion.

Jauslin Matthias, FDP: Selbstverständlich existiert ein Leitbild aus dem Jahr 1987. Scheinbar gibt es zufälligerweise Abdeckungen, die 1 zu 1 stimmen. Schön. Es stellt sich an und für sich die Frage, ob es auf dem neusten Stand ist oder angepasst werden muss. Wir können nicht von Sachen sprechen, die 16 Jahre alt sind und nie überarbeitet wurden und zufälligerweise Übereinstimmungen enthalten. Man muss noch bedenken, ob es noch rechtsgültig ist oder nicht. In der Gemeindeordnung und im Gemeindegesetz steht nirgends, dass man keine Strategiekommission einsetzen darf. Das wäre natürlich nach der Überweisung zu überprüfen. Es gibt Gemeinden mit Strategiekommissionen. Diese Gemeinden sind jedoch nach WOV organisiert. Uns geht es nicht um Planung mit dem Gemeinderat. Unser Ziel und unsere Hauptaufgabe der Strategiekommission ist ein Mitwirken. Wir bitten Sie alle, die Strategiekommission zu unterstützen, damit wir in diese Richtung arbeiten können.

Meier René, Gemeinderat: In der Motion werden chaotische Verhältnisse im GR dargestellt: „Der Gemeinderat macht dies, macht das, macht alles, aber nichts rechtes. Er hat auch keine Vision.“ Jetzt plötzlich kommt die gleiche FDP-Fraktion mit dieser Motion daher und sagt: „Wir möchten euch helfen, mit euch zusammenarbeiten.“ Die gleiche FDP-Fraktion hat an der letzten Budget-Sitzung jegliche politische Diskussion verweigert. Matthias Jauslin, das Ziel deiner Motion ist es, die Kompetenz des Gemeinderates zu beschneiden. Wenn Sie der Meinung sind, es braucht eine Kommission, wo Strategien neu diskutiert, empfehle ich Ihnen, bestimmen Sie das doch selbst, sitzt zusammen, diskutiert Visionen und bringt diese hier ins Forum. Sollten diese Visionen eine Mehrheit finden, muss der Gemeinderat diese entgegennehmen. Matthias Jauslin, Du sprichst seit sechs Jahren von der Vision, wie das Pro Kopf -Steuereinkommen gesteigert werden kann. Der Gemeinderat wartet noch immer auf eine Antwort, der Gemeinderat wäre dankbar.

Abstimmung

Die Motion 10066 betr. Strategiekommission wird mit 20 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen überwiesen.

Huwiler Paul, CVP-CSP: Die Motion verlangt ein umfassendes Konzept für jugend- und familienpolitische Massnahmen in Wohlen. Die Motion will die Einsetzung einer Kommission mit einer klar definierten und umrissenen Zielsetzung und einem Auftrag. In der Begründung wird ausgeführt, dass die politische Gemeinde eine Führungsrolle in der Jugend- und Familienpolitik übernehmen soll. Wir meinen damit konkret, dass alle jugend- und familienpolitischen Anstrengungen koordiniert werden sollen und die knappen Mitteln möglichst effizient einzusetzen. Es gibt private Organisationen, wie z.B. die Stiftung Raum für Jugend oder den gemeinnützigen Frauenverein, die schon heute wertvolle Arbeit leisten. Die beiden Kirchgemeinden und die politische Gemeinde tragen auch dazu bei. Eine bessere Vernetzung unter der Führung der Gemeinde könnte die vielen Angebote bündeln und deren Wirkung steigern. Es ist schade, wenn die Zuständigkeit für die Jugendarbeit z.B. zwischen Kirchen und Gemeinde hin- und hergeschoben würde. Wir sind der Meinung, es ist besser, wenn in dieser Sache am gleichen Strick gezogen wird, trotzdem dass berechnete unterschiedliche Interessen im Spiel sind. Hier soll die Kommission einhacken und alle Beteiligten einbinden. Wir wollen keine neuen Kosten generieren. Das an die Adresse derjenigen Personen, die in diese Richtung Befürchtungen haben. Es geht darum, allen an der Jugend- und Familienarbeit Beteiligten Gehör zu verschaffen, sie besser wahrzunehmen und ihnen auch einen Dank für ihre Arbeit auszusprechen. Persönlich kenne ich die Situation von Blauring und Jungwacht. Ich habe ausgerechnet, wie gross der Aufwand einer Leite-

rin oder eines Leiters während einer siebenjährigen Karriere ist. Da kommen 3'400 Stunden zusammen. Das sind rund 1,8 Mann- oder Fraujahre. Wenn man das mit Fr. 20.00 zahlen würde, würde das rund Fr. 67'000.00 ausmachen. Ich bin überzeugt, dass die anderen Vereine in ähnlichen Dimensionen Arbeit leisten. Deshalb bin ich der Meinung, dass man mit einem guten Konzept diese wichtige Arbeit noch wirkungsvoller gestalten könnte.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Er wird einen Bericht über das heutige Angebot und das Engagement der Gemeinde vorlegen.

Begründung:

Jugend und Familienpolitik ist in den Gesetzen auf allen drei Stufen unseres Staates verankert, z.B.

Im Bund	Sozialversicherungen Besteuerung Ehe- und Kindsrecht
Im Kanton	Bildung Heime
In der Gemeinde	Sozialhilfe Alimenteninkasso Kindergärten und Schulen Kinder- und Jugendpsychologischer Dienst Mütter- und Väterberatung Suchtberatung Chinderhuus

In unserer Gemeinde hat sich ein breites, zusätzliches Angebot entwickelt, welches vorwiegend auf privater Initiative aufbaut und von der Gemeinde anerkannt und unterstützt wird. Wir denken an:

- Verein für Jugend- und Freizeit mit der offenen Jugendarbeit
- Sport- und weitere Vereine mit Nachwuchsförderung
- Tages-Kinderbetreuung (Gemeinde und GOV)
- Lernen im Quartier
- Mittagstisch
- Stiftung Räume für Jugend
- Jugendorganisationen (Pfadi, Jungwacht, Blauring)

In absehbarer Zeit soll ein Skatepark realisiert werden. Auch das Sportzentrum Niedermatten, welches zur Zeit gebaut wird, dient zu einem wesentlichen Teil der jungen Generation.

Der Gemeinderat ist daran, Lösungen für die Bereitstellung von Jugendräumen zu finden. Das ist im Moment das brennendste Bedürfnis.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das Angebot in der Gemeinde für Jugend und Familie den Möglichkeiten unserer Gemeinde angemessen ist und sich sehen lassen darf. Es sei daran erinnert, dass wir zur Zeit namhafte Investitionen vorab für die Jugend tätigen, dass noch weitere

folgen und das regelmässige jährliche Beiträge an verschiedenste Formen von Jugendarbeit geleistet werden.

Der Gemeinderat befürchtet, dass ein umfassendes Konzept zu Ideal- und Zielvorstellungen führt, weitere Gelüste weckt, die wir uns gar nicht leisten können. Es würden damit falsche Hoffnungen geweckt und die Arbeit wäre umsonst.

An der Podiumsdiskussion zum Thema Jugendräume anfangs Mai im Sternensaal forderte Einwohnerratspräsident Urs Kuhn eine halbe Million Franken für die Jugendförderung, und das jährlich wiederkehrend. Ähnliche Zahlen nannten die Verantwortlichen des VJF, David Chaksad und Arsène Perroud in einem Interview im Wohler Anzeiger vom 27. Juni 2003. Solche zusätzliche Ausgaben für die Jugend kann sich unsere Gemeinde schlicht nicht leisten.

Wir möchten die vorhandenen Mittel zur Unterstützung bestehender, bewährter Projekte und zur Befriedigung echter Bedürfnisse einsetzen und nicht für die Erarbeitung von neuen Konzepten, die letztlich mangels Mittel nicht umzusetzen sind.

Der Gemeinderat hat die Absicht, vorerst eine detaillierte Bestandesaufnahme durchzuführen. Erst nach Vorliegen dieser Bestandesaufnahme soll der Einwohnerrat entscheiden, ob er ein weitergehendes Konzept mit entsprechenden, insbesondere finanziellen Konsequenzen will.

Kuhn Urs, Präsident: Wir haben gehört, dass der Gemeinderat die Motion nur in Form eines Postulates entgegennimmt. Sind die Motionäre mit einer Umwandlung einverstanden?

Huwiler Paul, CVP-CSP: Wir halten an der Motion fest.

Chaksad David, SP: Ich habe aufgelistet, welche Angebote unsere Gemeinde in Sachen Jugend- und Familienpolitik hat. Darauf sind wir stolz! Die Massnahmen, die in der Gemeinde existieren, sollen koordiniert werden. Wir wollen Organisation dreinbringen. Wir wollen nicht, dass jeder für sich alleine etwas macht. Die Doppelspurigkeiten, von welchen es in Wohlen viele hat, wollen wir eliminieren. Wir wollen, dass man sieht, wer was macht, dass man miteinander spricht. Und nicht nur diejenigen, die Jugendarbeit machen. Alle sollen wissen, was in Sachen Jugendarbeit gemacht wird. Es ist an der Zeit, diese Arbeit in Angriff zu nehmen. Dazu gehören auch Zielsetzungen. Die Arbeit muss überprüfbar sein. Hat man z.B. die Fr. 180'000.00 des Vereins für Jugend und Freizeit auch für die gesetzten Ziele eingesetzt und hat man das Ziel erreicht? So würde man sehen, wozu das Geld gebraucht wird. Überlegt sich eine junge Familie den Zuzug in die Gemeinde, möchten sie wissen, ob es einen Mittagstisch hat, gibt es ausserhalb der Familie Betreuungsangebote, wird Jugendarbeit geboten, hat es Krippenplätze. Wir müssen an dieser Motion festhalten. Es ist sehr wichtig, dass dieser wichtige Bereich in unserem Dorf gut geregelt wird.

Meier Maja, Freis Wohle: Freis Wohle unterstützt die Motion Jugend- und Familienpolitik. Wir haben in Wohlen ein gutes Angebot: z.B. Familienexterne Kindesbetreuung, betreuter Mittagstisch, Verein für Jugend und Freizeit. Trotzdem fehlt uns beispielsweise genügend Raum für Jugendliche, ein Vermittlungsstelle für Tagesfamilien. V.a. aber fehlt eine zentrale Stelle, welche alle Angebote koordiniert, unterstützt und fördert. In der Jugendpolitik von morgen findet man auch Massnahmen, welche nicht nur die Freizeit betreffen. Hier sind Vertreter von verschiedenen Sparten, wie z.B. Berufsberater, Schulpfleger, Vertreter von Behörden, Eltern, Schülern und Vereinen, gefragt. Jugend- und Familienpolitik ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die Gemeinde eine Anlauf-, Koordinations- und Beratungsstelle anbieten sollte, aber dass man auch alles daran setzen soll, dass Eltern ihre Betreuungspflicht gegenüber ihren Kindern diszipliniert wahrnehmen. Man weiss, dass 40 % der Kinder nicht oder nur ungenügend betreut werden. In diesem Sinne unterstützen wir die Motion.

Muff Sepp, SP: Ich habe Mühe mit der Argumentation des Gemeinderates, den Vorstoss nur als Postulat entgegenzunehmen. Wenn 25 Mitglieder des Einwohnerrates eine Motion unterschreiben, sollte eigentlich klar sein, dass diese sie auch dementsprechend überweisen werden. So schnell lassen sich so viele Einwohnerräte kaum umstimmen.

Zaugg Kurt, SVP: Die Fraktion SVP-Dorfteil Anglikon lehnt die Motion grossmehrheitlich ab. Der Grund ist die unklare und wahrscheinlich hohe Kostenentwicklung als Folge des Konzeptes für Jugend- und Familienpolitik. Im weiteren sind wir der Meinung, dass das Angebot für die Wohler Jugend gut ist und im Moment keine Massnahmen nötig sind.

Dörig Werner, FDP: Die FDP lehnt die Motion ab. Die Jugend- und Familienpolitik stellt den Gesamtrahmen einer Gemeinde an den Pranger. Wir investieren in Engagement und in Zeit, es fehlen aber die finanziellen Mittel. Die Forderung nach der Schaffung eines Jugendsekretariats kann nicht realisiert werden. Die Verantwortung über die Jugendlichen liegt nach unserer Meinung in erster Linie beim Elternhaus und nicht bei der Gemeinde. Die Gemeinde kann flankierende Massnahmen anbieten. Dies jedoch nur in einem bestimmten Rahmen, was aber auch jedes Mal kostet.

Chaksad David, SP: Es wurde etwas falsch verstanden. Das Jugendsekretariat hat nichts damit zu tun. Was mich erstaunt ist, dass ihr sagt, Familien/Eltern müssen schauen. Aber wenn es ums Aufräumen geht soll der VJF schauen, wenn es ums Sprayen geht, die Gemeinde.

Huwiler Paul, CVP-CSP: Ich sage noch etwas zum Thema „Die Hauptverantwortung soll bei der Gemeinde liegen“. Das ist vielleicht schon etwas missverständlich. Die Idee ist, dass die Gemeinde bei allen an der Jugend- und Familienpolitik beteiligten Organisationen die Leaderfunktion übernimmt und sie unterstützt. Es geht nicht darum, den Eltern die Verantwortung wegzunehmen.

Meier Regula, FDP: Genau auf dieses Missverständnis wollte ich aufmerksam machen. Deshalb kann ich die Motion nicht unterstützen, sie ist unklar formuliert. Sonst würde ich die Idee begrüßen.

Abstimmung

Die Motion 10060 betr. Jugend- und Familienpolitik wird mit 24 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen überwiesen.

Wohler Jugendsession (10078)

Perroud Arsène, GPK-Sprecher: Nach zwei erfolgreich durchgeführten und interessanten Jugendsessionen letztes Jahr und vor drei Jahren, legt uns der Gemeinderat den Bericht und Antrag 10078 vor, in dem es um die Jugendsession geht. Mit diesem Bericht und Antrag kommt der Gemeinderat der Motion 10002 der jungen CVP nach, die eine regelmässige Durchführung der Jugendsession fordert. Dem Anliegen, die Motion im Rahmen des letzten Geschäftsberichts abzuschreiben, kam der Einwohnerrat nicht nach.

Um was geht es?

Einige hier im Saal haben bereits an einer Jugendsession mitgearbeitet oder diese zumindest mitverfolgt. Zudem gibt der beigelegte Bericht der Jugendkommission Auskunft über den genauen Ablauf. Ich brauche also nur eine kurze Zusammenfassung des Ablauf zu geben:

Im Zweijahresrhythmus soll in Wohlen eine Jugendsession stattfinden, an der Delegierte der 3. und 4. Oberstufenklassen teilnehmen können. Im Vorfeld findet der Staatskundeunterricht an den Schulen statt. Während 2 Tagen werden die Jugendlichen ein Thema bearbeiten, mit dem Ziel, an der eigentlichen Session einen Antrag formulieren zu können. Die eigentliche Session findet im Casino statt. Die Themen werden in Workshops bearbeitet, die von Mitgliedern der Jugendkommission, jungen Politikern oder Interessierten vorbereitet und geleitet werden. Zudem steht während den Workshops auch eine Expertin der Gruppe zur Seite, um allfällige Fragen beantworten zu können.

Leider ist im Konzept nichts über Ziele festgehalten. Gemäss Auskunft der Jugendkommission sind die Ziele der Jugendsession vielfältig. Der Antrag, der schlussendlich dem Gemeinderat überreicht wird, ist nur eines davon. Wichtig ist, dass sich die Jugendlichen mit den Themen auseinandersetzen und über Meinungen und Haltungen diskutieren. Ein weiteres Ziel ist die Auseinandersetzung und Sensibilisierung der Jugendlichen auf die Politik, vor allem auf die Gemeindepolitik. Nicht vergessen werden dürfen die gruppenspezifischen Prozesse, die während der Vorbereitung geschehen. Jugendliche aus allen sozialen Schichten und allen Schulzentren und -stufen entwickeln zusammen Ideen, so entstehen wertvolle Kontakte, die sonst nie entstehen würden.

Für die Organisation der Session ist weiterhin die Jugendkommission zuständig. Bei der Themenwahl wird angestrebt, noch häufiger die Jugendlichen miteinzubeziehen und so eine angemessene Themenauswahl zu erhalten. Die Möglichkeit Themen einzubringen liegt auch bei den Legislativ- und Exekutivmitgliedern. Gerade für uns sollte es interessant sein, zu erfahren, was Jugendliche über gewisse Themen denken.

Es stellen sich natürlich einige Fragen, wenn man das Konzept liest. Eine der meistdiskutierten ist, ob es nötig ist, die Vorbereitungen auswärts durchzuführen. Man könnte ja alles in Wohlen durchführen und so einiges einsparen. Aus Sicht der JUKO ist genau das sehr wichtig, damit die gruppenspezifischen Prozesse laufen und dass die Jugendliche auch bei der Sache bleiben. Diese Meinung teilt die GPK.

Man könnte sich auch fragen, ob dies nun das Konzept für eine Wohler Jugendsession sei. Das Konzept ist veränderbar und kann mit weiteren Bausteinen erweitert werden, wie die JUKO ausführte. Die GPK findet es positiv, dass aktuelle jugendpolitische Strömungen von der JUKO beachtet werden.

Wir stimmen hier über 11'000 Fr. ab, die jeweils alle zwei Jahre ausgegeben werden, 6'000 für die obengenannte Organisation und 5'000 Fr. als Betrag, der von den Jugendlichen direkt für ein

Projekt oder ein Anliegen ausgegeben werden können. Bei den 5'000 Fr. Kompetenzgeld geht es darum, den Jugendliche ein Zeichen zu geben, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Erhalten sie kein Kompetenzgeld, so vermittelt man ihnen den Eindruck, dass es zwar schön war, ihre Meinungen gehört und Vorschläge erhalten zu haben aber damit hat es sich dann. Das löst bei den Jugendlichen einen gewissen Frust über die Politik aus. Der Gemeinderat hat bereits den Betrag um die Hälfte von 10'000 auf 5'000 Fr. gekürzt. Darüber sind nicht alle GPK Mitglieder froh. Mit 5'000 Fr. können auch keine grossen Sprünge gemacht werden, es ist aber trotzdem etwas möglich damit, das den Jugendlichen direkt zugute kommt.

Es wäre auch nicht sinnvoll, die Jugendsession mit dem Kompetenzgeld der JUKO zu finanzieren, somit würde sämtlicher Handlungsspielraum der JUKO entzogen. Andere Anliegen könnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen, die GPK unterstützt grossmehrheitlich den Bericht und Antrag 10078 zur regelmässigen Durchführung der Jugendsession in Wohlen. Wir erachten es als wichtig, dass den Jugendlichen eine solche Plattform geboten wird und dass die weiteren Durchführungen gesichert sind.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat nimmt die Jugendsession ernst und nimmt daran teil. Zum Kompetenzgeld, welches der Jugendsession zugesprochen werden soll: Die Jugendkommission wollte die vorgeschlagenen Fr. 10'000.00 an Bedingungen knüpfen. Der Gemeinderat hat Fr. 5'000.00 ohne Bedingungen vorgesehen. Schlussendlich können durchaus Ideen entstehen, welche mehr kosten, als die Jugendsession beschliessen kann. Das haben Sie im Rahmen des Budgets gutgeheissen, in dem Sie Fr. 40'000.00 für die Miete von Räumen bewilligt haben.

Jöhl Stephan, JCVP: Es ist wichtig, dass die Jugendsession als eigenständige Institution angesehen wird. Die Jugendsession hat mit der sehr starken Unterstützung der Jungen Einwohnerräte durch die Jugendkommission realisiert werden können. Die Jugendsession fand bisher zwei mal statt. Wir haben Fragebögen an die Behördenmitglieder verteilt, um Erfahrungswerte zu erhalten. Daraus resultierte, dass die gemachten Erfahrungen gut waren. Die Jugendsession soll ein Instrument für die Jugend sein, ihre Ideen einzubringen. Sie soll Barrieren abbauen und der Jugend Freude an der Politik bringen.

Widmer Reto, Freis Wohle: Freis Wohle unterstützt die Instrumentalisierung der Jugendsession einstimmig. Ich selbst habe zweimal an der Jugendsession teilgenommen und positive Erfahrungen gemacht. Wir möchten der Jugendkommission für die Ausarbeitung des sehr guten und detaillierten Papierses danken. Der Handlungsspielraum der Jugendkommission sollte im Sessionsjahr in der Tat auch gewahrt bleiben. Daher ist es dringend notwendig, dass die Fr. 6'000.00 gesprochen werden. Die Fr 5'000.00, welche vom Gemeinderat zur freien Verfügung der Session vorgesehen sind, unterstützen wir auch. Wobei wir absolut der Meinung sind, dass auch dieser Betrag unter den „Sicherheitsblick“ der Jugendkommission gerät.

Meier Regula, FDP: Es freut mich, dass die FDP-Fraktion fast vollständig zu diesem Antrag Ja sagt. Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, die Jugendlichen zu politischen Aktivitäten zu bewegen. Mit der Berücksichtigung im Budget soll die Arbeit der Jugendkommission möglich gemacht werden. Es ist wichtig, Jugendliche einzubeziehen und für politische Fragen neugierig zu machen.

Chaksad David, SP: SP, EVP und Eusi Lüt & Grüne sagen einstimmig ja zu diesem Bericht und Antrag.

Wyss Martin, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon begrüsst die Durchführung der Wohler Jugendsession und ist überzeugt, dass mit diesem Anlass eine wertvolle

volkswirtschaftliche Basisarbeit geleistet wird. An dieser Stelle möchten wir es nicht unterlassen, dem Team um Jugendkommissionspräsident Stephan Jöhl Dank und Kompliment auszusprechen. Wir sind uns aber auch bewusst, dass das doch sehr stark vertretene Mitte-links Gedankengut nur durch eine engagierte Mitarbeit aus dem rechtsbürgerlichen Politsegment ausgeglichen werden kann. Hier besteht Nachholbedarf und dieser Aufgabe wollen wir uns stellen. Deshalb wird sich unsere Fraktion zum Thema Jugendarbeit in naher Zukunft intensiv unterhalten.

Einstimmig ist unsere Fraktion überzeugt, dass die Qualität der Jugendsession nicht vom zur Verfügung stehenden Frankenbetrag abhängig ist. Vielmehr sind wir der Meinung, dass der teilnehmenden Jugend in Zeiten eines äusserst angespannten Gemeindefinanzhaushalts die beiharte Realität des politischen Alltages vermittelt werden muss. Es gibt nun mal Zeiten, in welchen man sich im Rahmen des Machbaren arrangieren muss. Die Zukunft, welche auch wir in unserer Jugend heranwachsen sehen, kann und darf nicht einfach als finanzwirtschaftlich bedenkenlos kommuniziert werden. Die heutige Realität wird uns täglich in den Medien klar aufgezeigt. Sparpakete auf Staats-, Kantonal- und schlussendlich auch auf Gemeindeebene verpflichten uns zu äusserst sorgfältigem Umgang mit unseren Finanzen.

Diese, leider, brutale Finanz-Realität hat die Vertretung der Jugendkommission auch selbst erkannt. Dass sie jedoch, gemäss eigener Aussage, welche im GPK-Protokoll nachzulesen ist, mit einem hinterlistigen und unwürdigen Schachzug mal 10'000.- Franken Projektgeld aus dem leeren Gemeindegässeli beantragt um dann relativ sicher zu ihren effektiv erhofften 5'000.- Franken zu kommen wollen, verurteilen wir auf Schärfste.

Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon und Dorfteil Anglikon lehnt zum heutigen Zeitpunkt den 6000.- fränkigen Beitrag an die Organisationskosten aus oben genannten Gründen ab. Die Gemeinde Wohlen investiert mit grosszügigen Beiträgen in den VIF, in die Miete von Jugendräumen, in die Erstellung und den Unterhalt der neuen Skatanlage und vielem mehr schon heute nachhaltig in unsere Jugend.

Wir stellen deshalb die folgenden Anträge:

Antrag 1: Der Betrag von Fr. 6000.- Organisationskosten ist aus dem gemeinderätlichen Antrag 1. zu Geschäft 10078 ersatzlos zu streichen.

Antrag 2: Der Betrag von Fr. 5000.- zur freien Verfügung der Jugendsession ist bei der Budgetierung nicht gemäss Landesindex der Konsumentenpreise anzupassen.

Begründung: Es handelt sich bei diesem zu sprechenden Betrag weder um die Realisierung eines Bauwerkes mit längerer Erstellungsdauer, noch um einen Geldbetrag, welcher die Indexierung rechtfertigt.

Chaksad David, SP: Ich habe die im GPK-Protokoll vermerkte Äusserung gemacht. Ich war als Vizepräsident der Jugendkommission an der GPK-Sitzung gewesen und habe Fragen beantwortet. Ich habe es immer betont, dass ist meine persönliche Meinung, nicht diejenige der Jugendkommission. Ich weise die Behauptung des hinterlistigen Weges zurück! Das ist Polemik und Parteipolitik. Mir persönlich ist es wichtig, dass die Jugendsession zu einer Institution wird. Es geht mir um die Fr. 6'000.00. Ich stehe dazu: Ich habe erwartet, dass der Betrag gekürzt wird. Das ist doch nicht hinterlistig.

Bertschi Bruno, SVP: Ich habe die Verhandlung über die Jugendsession verfolgt und festgestellt, dass rund 70 % der Zeit für das Geld aufgewendet wurde. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Teilnehmer der Jugendsession am Abend vorher nach Aarburg fahren müssen, dort zu Nacht essen und dort übernachten. Das alles auf Kosten der Gemeinde. Ich bin gerne bereit, mit dem Einwohnerrat am Sonntagabend auf den Bürgerstock zu fahren, um sich für die Sitzung am Montag vorzubereiten. Ich stelle fest, dass eine Einwohnerratssitzung Fr. 350.00 für interne Verrechnungen mit dem Bauamt kostet. Wenn die Jugendsession stattfindet, kostet dies Fr. 6'000.00. David Chaksad, du musst dich in Zukunft schon etwas mässigen. Ich lese aus dem GPK-Protokoll vor: „Frage: Wie stellt sich die Jugendkommission zur Kürzung des Kompetenzgeldes der Jugendkommission? Antwort: Es wurden Fr. 10'000.00 beantragt, da mit einer Kürzung gerechnet wurde.“ Entweder hat der Protokollführer das nicht richtig protokolliert, oder wir liegen falsch. So wie man es aus dem Protokoll herauslesen kann und unser GPK-Mitglied uns mündlich erläutert hat, hast du klipp und klar gesagt, ihr beantragt Fr. 10'000.00 damit ihr Fr. 5'000.00 erhaltet. Dies ist unseriös.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Gemeinde Wohlen hat ein Budget von gesamthaft Fr. 70 Mio. Der Einwohnerrat Wohlen beschliesst diskussionslos die Überweisung dieser Motion. Ich schätze David Chaksad. Er ist offen, geradlinig, ehrlich, engagiert. Wo er dabei ist, geht etwas. Ich war auch an dieser Kommissionssitzung. Das Protokoll ist richtig verfasst. Ich musste bei der Äusserung von David Chaksad an der GPK-Sitzung lachen. Für den Gemeinderat stimmen die Relationen des geplanten Vorhabens. Ich hoffe, dass die SVP sich vor der nächsten Jugendsession auch die Zeit nehmen wird, um mit den Jugendlichen zusammensitzten. Ich mache das im Rahmen des staatsbürgerlichen Unterrichts. Das ist eine gute Sache! Es ist keine Phantasterei, es werden immer konkrete Geschäfte auf den Tisch gelegt. Ob man diesen Betrag indexiert, darüber kann man sich streiten. Der Gemeinderat hatte das Gefühl, das vorgelegte Papier ist sehr gut. Nehmen Sie das, was ausgeschaffen wurde, ernst. Sie haben den Willen, etwas Rechtes zu machen. Unterstützen Sie diese Absicht. Die Jugendkommission geht mit ihren finanziellen Mitteln sehr verantwortungsvoll um. In den letzten Jahren sind immer Fr. 8'000.00 pro Jahr budgetiert gewesen. Die Ausgaben im Jahr 2002 waren rund Fr. 4'800.00. In diesem Jahr wurden bis heute Fr. 1'050.00 ausgegeben. Im Jahr 2001 wurden Fr. 0.00 ausgegeben und im Jahr 2000 Fr. 7'356.00. Auch die Jungen beweisen den verantwortungsvollen Umgang mit den Budgetpositionen. Bitte wahren Sie die Relationen und sagen sie Ja zu den gemeinderätlichen Anträgen.

Weber Edith, CVP: Es ist üblich, dass im GPK-Protokoll keine Namen genannt werden. Das ist absichtlich so. Es wurde auch, bereits zu früheren Zeiten, abgemacht, dass der Gemeinderat bei der Abstimmung nicht im Raum ist. Dies, damit jeder frei seine Meinung äussern kann. David Chaksad hat seine persönliche Meinung geäussert. Dass dies nicht so protokolliert wurde, ist auch nicht nötig, da wir Mitglieder es gehört haben.

Zulauf Ruedi, Eusi Lüüt & Grüne: Ich habe Mühe damit, dass jemandem Motive unterstellt werden. Wenn von der SVP gesagt wird, es wurde etwas hinterlistig gemacht, muss ich sagen, dass kann man nicht wissen. Ich dachte bis jetzt, es sei der normal politische Weg, dass man ein bisschen mehr vorgibt und sich zurechtstutzen lässt, wenn man etwas erreichen möchte. Bis jetzt dachte ich, dieses Vorgehen sei normal, nun habe ich erfahren, dass das hinterlistig ist. Wo sind wir denn?

Hübscher Bertha, EVP: Ich möchte Ruedi Zulauf zustimmen. Dies ist unternehmerisches Denken von David Chaksad. In der Geschäftswelt wird dies auch so gemacht.

Abstimmungen

Antrag 1 SVP Wohlen-Anglikon/Dorfteil Anglikon

Der Antrag der Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon/Dorfteil Anglikon

Der Betrag von Fr. 6000.- Organisationskosten ist aus dem gemeinderätlichen Antrag 1. zu Geschäft 10078 ersatzlos zu streichen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Antrag 2 von SVP-Anglikon/Dorfteil Anglikon

Der Antrag der Fraktionsgemeinschaft SVP Wohlen-Anglikon/Dorfteil Anglikon

Der Betrag von Fr. 5000.- zur freien Verfügung der Jugendsession ist bei der Budgetierung nicht gemäss Landesindex der Konsumentenpreise anzupassen.

wird grossmehrheitlich abgelehnt

Gemeinderätlicher Antrag

Dem Bericht und Antrag 10078 betr. Wohler Jugendsession wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Furter Fabian, SP: Ich vertrete hier ein Anliegen, das wahrscheinlich spätestens dann hoffnungslos wurde, als Anfangs 90er Jahre die Bestrebungen des sogenannten Patronatskomitee Güpff-Haus im Sand verlaufen sind. Trotzdem sind wir in unserer Fraktion der Meinung, man kann nicht einfach aufgeben und haben die Motion eingereicht. Ich persönlich habe mich anfangs 90er Jahre als Schüler herzlich wenig für die Aktivitäten des Patronatskomitees interessiert. Ich habe mich aber via einen dicken Ordner über die Genossenschaft informiert. Es war sehr interessant, u.a. zu sehen, wie sich die beteiligten Parteien geändert haben. Worum geht es? Eine Immobiliengesellschaft will das Haus, welches 1660 gebaut wurde, zwecks Erschliessung und Bau eines Parkplatzes, abreißen. Das ist ihr gutes Recht, das wird nicht in Frage gestellt. Wir sind aber der Meinung, dass die Vernichtung von historischem Baumaterial in den allermeisten Fällen ein schlechter Tausch ist, v.a. dann, wenn der Gegenwert Parkplätze sind. Deshalb sind wir der Meinung, dass der Einwohnerrat über dieses Geschäft diskutieren soll. Persönlich bin ich der Meinung, dass sich der Planer und Architekt nicht ganz im Klaren waren, womit sie sich einlassen. Der Architekt führt in seinem Abbruchbegehren unter anderem als Argument an, dass An-, Um- und Einbauten verschiedener Art nicht stilgerecht sind. In Holderbank wurde in einem ähnlich gelagerten Fall ein Haus zum Abbruch freigegeben. Mit dem Argument „Wenn die anderen dürfen, darf ich auch“ habe ich ein Problem. Das ist auch ein Zeichen von Wertschätzung. Was möchten wir? Wir möchten, dass der Gemeinderat einen allerletzten Versuch unternimmt, im Gespräch mit den Eigentümern des Hauses nach Lösungen zur Erhaltung zu suchen. Die Resultate sollen dem Einwohnerrat in einem Bericht und Antrag zu einem definitiven und endgültigen

Entscheid vorgelegt werden. Ich bitte Sie, unser Begehren zu überdenken und ihm zuzustimmen. Abschliessend erlaube ich mir eine Frage zum Inventar schützenswerter Gebäude. Eigentlich wäre das Mitwirkungsverfahren und die Vorlage an den Einwohnerrat längstens fällig.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Eine persönliche Vorbemerkung: Ortsbildschutz ist mir ein persönliches Anliegen. Zur gemeinderätlichen Stellungnahme:

1. Allgemeines zum Ortsbildschutz

Dem Gemeinderat ist der Ortsbildschutz ein Anliegen. Die Gemeinde fördert die Erhaltung oder Verbesserung des Ortsbildes, indem sie

- Voraussetzungen schafft, damit private Investoren vorhandene Bausubstanz erhalten und sanieren. Beispiele: Bruggisser-Fabrik, ehemaliges Verwaltungsgebäude Jacob Isler & Co. AG, Manufakturgebäude, Streba.
- Selber aktiv tätig wird. Beispiele: Renovation des Sternens, Kauf des Isler-Areals und des Merkurareals.

Eine Erkenntnis aus den bisherigen Aktivitäten ist sicher: Ortsbildschutz kostet Geld, sehr viel Geld. Für die Gemeinde heisst das, mit den bescheidenen zur Verfügung stehenden Mitteln sehr selektiv umzugehen und wenn immer möglich auf den Goodwill von Privaten zu zählen.

2. Zum Güpff-Haus

Es trifft zu, dass das Güpffhaus ein klassischer Zeitzeuge aus dem früheren Wohler Bauerndorf ist. Verschiedentlich fanden Diskussionen über dessen Erhaltung statt. Ein Erfolg zeichnete sich mit der Erteilung einer Baubewilligung am 28. Mai 1997 an die Eigentümerin, JMC Immobilien AG, ab.

Mit Schreiben vom 4. Mai und 11. Juni 1999 teilte die Eigentümerin dem Gemeinderat mit, dass in Anbetracht des desolaten baulichen Zustandes des Gebäudes eine Ausführung des Sanierungsprojektes nicht vernünftig lösbar sei. Nur ganz wenige Originalteile des Hauses könnten erhalten bleiben. Die Kosten wurden vom Architekten auf 2,5 bis 3 Mio Franken geschätzt. Unter diesen Umständen verzichtete die JMC Immobilien AG auf die Sanierung und liess die Baubewilligung verfallen.

Ein Augenschein des Gemeinderates vom 29. Mai 2000 bestätigte die Aussagen der Grundeigentümerin. Der Zustand der Gebäudesubstanz ist äusserst schlecht. Es besteht zum Teil Einsturzgefahr. Eine Sanierung würde unverhältnismässigen Aufwand verursachen. Es wäre zudem grösstenteils nicht eine Sanierung, sondern eine Rekonstruktion. Der Zahn der Zeit hat zu lange unbehindert an diesem Haus genagt. Heute ist es leider ein Abbruchobjekt.

Es wäre absolut unverhältnismässig, von der Eigentümerin Investitionen im erwähnten Ausmass zu erwarten, um dieses Abbruchobjekt im Interesse des Ortsbildes zu erhalten. Der Gemeinde selber fehlen die Mittel, um sich substantiell an einer Sanierung zu beteiligen. Von einer Übernahme und Sanierung durch die Gemeinde wagen wir gar nicht zu reden.

Aus den erwähnten Gründen steht für den Gemeinderat die Aufnahme des Güpff-Hauses in das Inventar der schützenswerten Bauten nicht zur Diskussion. Obwohl dieses Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, hat er auf Gesuch der Grundeigentümerin hin seine Zustimmung gegeben, dass das Baubewilligungsverfahren für den Abbruch des Gebäudes durchgeführt wird. Der

Grundeigentümerin kann die Einschränkung der Verfügungsfreiheit über die Liegenschaft und das Sicherheitsrisiko (Einsturzgefahr) nicht mehr weiter zugemutet werden. Aus diesen Überlegungen bittet Sie der Gemeinderat, die Motion abzulehnen.

Meier René, Gemeinderat: Wir sind an der Erarbeitung des Inventars. Es wird dem Einwohnerrat zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt.

Bächer Andy, CVP-CSP: Unsere Fraktion ist sich nicht einig geworden. Es genügt nicht, uns heute über diese Liegenschaft zu unterhalten. Wenn die Gemeinde aktiv werden will, muss sie die Liegenschaft schon selbst kaufen. Wir können nicht erwarten, dass der private Eigentümer 2 ½ Jahre warten muss. Wir sind der Meinung, dass der Abriss zwingend ist, der Zustand des Hauses ist sehr schlecht. Es tut uns leid um den Bau. Wir haben aber auch keine Lösung, wenn der Bau im Inventar der schützenswerten Bauten aufgenommen werden sollte.

Lanz Christian, FDP: Die Rücksprache mit einer Fachperson hat ergeben, was Gemeindeammann Walter Dubler und Andy Bächer bereits gesagt haben: Die Liegenschaft ist in einem sehr desolaten Zustand. Das Einzige, was schützenswert wäre, wär der sogenannte Hochstud. Jedoch steht ein solches Haus bereits auf dem Ballenberg. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel und dem Zustand des Hauses werden wir der Motion nicht zustimmen.

Bertschi Bruno, SVP: Die Fraktion SVP wird der Motion auch nicht zustimmen. Gemeinderat Christian Müller hat an der Fraktions Sitzung den Bauzustand geschildert. Es ist nicht mehr zu verantworten. Wir sind nicht gegen Ortsbildschutz. Jedoch muss eine Massnahme auch eine gewisse Verhältnismässigkeit haben. Diese ist in diesem Fall nach unserer Meinung nicht gegeben.

Furter Fabian, SP: Ich gehe gerne auf den Ballenberg ein Hochstudhaus anschauen. Noch lieber würde ich es aber in Wohlen tun. Ich wiederhole unsere Forderung: Wir möchten, dass der Gemeinderat noch einmal das Gespräch mit dem Eigentümer sucht. Ich möchte nicht persönlich werden, aber das vorliegende Dokument des Architekten zweifle ich persönlich stark an. Wir möchten nur einen letzten Versuch starten. Sollte sich aber ergeben, dass es wirklich keinen Wert hat, stehen auch wir zum Abbruch des Hauses.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Wir sind gegen die Motion. Sagt man hier Ja, muss man nachher auch zu einem Vertrag Ja sagen. Und dies hätte wieder finanzielle Folgen!

Meier René, Gemeinderat: Das Inventar schützenswerter Gebäude wurde von uns absichtlich zurückgestellt, da die Bauverwaltung keine Zeit für die Bearbeitung hatte. Das Inventar wurde dem Kanton vorgelegt. Wir haben gemerkt, dass die Meinungen über das Inventar weit auseinander gehen. Es geht hier um die Gemeindeautonomie, welche wir uns bewahren möchten. Wir wollen selber entscheiden, welche Gebäude wir unter Schutz stellen, welche nicht. Wenn man ein Gebäude unter Schutz stellt, ist es noch lange nicht instand gehalten. Es gibt genügend Beispiele.

Im Patronatskomitee von 1990 war ich Mitglied. Es ist schade, wenn dieses Haus geopfert wird. Es ist so, wenn Sie heute Ja sagen, nimmt der Gemeinderat Verhandlungen auf. Dann müssen Sie irgendwann zu den Kosten Ja sagen. Die Grundeigentümerin will nicht mehr länger zuwarten. Ich war bei den Einspracheverhandlungen anwesend. Die Grundeigentümerin ist nicht bereit zu investieren. Wenn der Einwohnerrat der Meinung ist, diesen Weg zu gehen und Geld zu investieren, muss diese Motion überwiesen werden. Es würde eine sehr teure Investition geben.

Abstimmung

Die Überweisung der Motion 10079 betr. Rettung des Güpff-Hauses wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Kuhn Urs, Präsident: Ich danke Ihnen für die heutige Mitarbeit. Die nächste Sitzung findet am Montag, 8. Dezember 2003, um 18.00 Uhr im Casino Wohlen statt.

Für das Protokoll

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Urs Kuhn'.

Urs Kuhn, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.